

Russland, USA und Demokratie

Eine systemische Analyse von Macht,
Rückkopplung und religiöser Legitimation

© [Norbert Rieser](#)

August 2026

Inhaltsverzeichnis

Abstract.....	3
1. Ausgangsfrage: Versteht jeder unter Demokratie etwas anderes?	3
2. Demokratie als mehrdimensionaler Begriff.....	4
3. Systemtheoretische Perspektive: Demokratie als Rückkopplungsordnung	5
4. Legitimation als Systemdimension: Religion, Sinn und politische Macht	6
4.1 Was heißt politische Legitimation durch Religion?	6
4.2 Ein systemisches Modell religiöser Legitimation	6
5. Russland: Demokratie als Souveränitäts- und Ordnungsbegriff	7
6. Orthodoxie als religiöse Verdichtung des russischen Systems	8
7. Die systemische Logik des russischen Modells	9
8. USA: Demokratie als Verfassungs- und Konfliktsystem	10
9. Religion in den USA: pluralistische Legitimation und Gegenlegitimation	10
9.1 Evangelikaler Protestantismus: starke politische Kopplung eines Teilmilieus	10
9.2 Katholizismus: Legitimation demokratischer Teilnahme und gleichzeitige Regierungskritik	11
10. Die USA 2025/26: demokratische Erosion ohne Gleichsetzung mit Russland	11
11. Russland und USA: Warum Gleichsetzung analytisch falsch wäre	12
12. Das religiöse Paradox im direkten Vergleich.....	13
12.1 Civil Religion und „Russkiy Mir“: strukturelle Ähnlichkeit, entscheidender Unterschied	13
13. Der entscheidende Test: Kann die Regierung verlieren?	14
14. Polarisierung als demokratischer Rückkopplungsfehler	14
15. Medien und Informationssystem: Demokratie braucht epistemische Konkurrenz	15
16. Rechtsstaat und Gewaltenteilung: Demokratie als Selbstbegrenzung der Mehrheit.....	15
17. Föderalismus: Machtstreuung oder bloße Verwaltungsstruktur?	16
18. Demokratie, Leistungsfähigkeit und Ordnung	16
19. Außenpolitik und Demokratie: kein Wahrheitsbeweis nach außen	16
20. Harold James und der mögliche Niedergang amerikanischer Hegemonie	17
21. Was Demokratieindizes leisten – und was nicht.....	17
22. Symmetrie des Maßstabs, nicht Symmetrie des Ergebnisses	18
23. Demokratie als Fähigkeit zur friedlichen Selbstkorrektur	18
24. Anwendung des Weisheitskompasses: Demokratie, Religion und Macht.....	19
24.1 Religion zwischen Sinnhorizont und Macht	19
25. Schluss: Demokratie, Religion und politische Macht	20
Literatur und Quellen	21

Abstract

„Demokratie“ gehört zu jenen politischen Grundbegriffen, auf die sich nahezu alle politischen Ordnungen positiv beziehen, obwohl sie darunter sehr Verschiedenes verstehen. Russland bezeichnet sich selbst als demokratischen und souveränen Staat; die Vereinigten Staaten verstehen sich als republikanische Demokratie mit verfassungsrechtlich begrenzter Staatsgewalt. Zugleich weisen aktuelle Demokratiebeobachter Russland dem autoritären Bereich zu, während sie für die USA eine ungewöhnlich starke demokratische Erosion diagnostizieren.¹ Hinzu kommt eine zweite, häufig unterschätzte Dimension: **Religion kann politische Ordnung legitimieren, kritisieren oder sakralisieren.**

Der Essay untersucht beide Länder deshalb als **mehrdimensionale Rückkopplungssysteme politischer Macht**. Demokratie wird weder auf Wahlen reduziert noch als beliebig dehnbares moralisches Gütesiegel behandelt. Entscheidend sind reale Konkurrenz, Grundrechte, Rechtsstaat, unabhängige Gerichte, parlamentarische Kontrolle, Medienpluralismus, Zivilgesellschaft und die tatsächliche Möglichkeit des Machtwechsels. Ergänzend wird religiöse Legitimation danach geprüft, ob sie politische Macht an einen übergeordneten moralischen Maßstab bindet oder Macht, Nation und politische Mission sakral überhöht.

Die vergleichende Analyse ergibt eine deutliche Asymmetrie. **Russland zeigt eine weitgehende institutionelle Schließung demokratischer Gegenkopplungen; die USA zeigen die Erosion und Überlastung weiterhin funktionsfähiger Gegenkopplungen.** Auch die religiöse Kopplung ist asymmetrisch: Die Führung der Moskauer Orthodoxie steht dem politischen Zentrum strukturell nahe und trägt zur religiös-zivilisatorischen Verdichtung des bestehenden Herrschaftssystems bei. In den USA ist das religiöse Feld pluralistisch und konfliktförmig: Teile des weißen Evangelikalismus sind eng an ein republikanisch-christlich-nationalistisches Projekt gekoppelt, während katholische und andere christliche Akteure zugleich demokratische Teilnahme legitimieren und konkrete Regierungen kritisieren können.

Die systemische Pointe lautet daher doppelt: **Demokratie ist die institutionalisierte Korrigierbarkeit politischer Macht. Religion ist demokratieverträglich, wenn sie diese Macht bindet, ohne sie zu sakralisieren.** Begriffspluralität bedeutet weder bei Demokratie noch bei religiöser Legitimation Begriffsbeliebigkeit.

1. Ausgangsfrage: Versteht jeder unter Demokratie etwas anderes?

Die Beobachtung ist zunächst richtig: Wer politische Reden aus Moskau, Washington oder Brüssel miteinander vergleicht, findet sehr unterschiedliche Vorstellungen davon, was „Demokratie“ bedeuten soll. Der Begriff kann Volkssouveränität, Mehrheitsentscheidung, individuelle Freiheit, Rechtsstaat, soziale Gleichheit, nationale Unabhängigkeit, politische Beteiligung oder deliberative Verständigung bezeichnen. Die Spannweite ist groß.

Der von Watson zusammengestellte Rückblick auf Äußerungen Wladimir Putins und seines Umfelds zeigt diese semantische Beweglichkeit besonders deutlich. Putin erklärte 2005, Russland habe sich „für die Demokratie entschieden“ und es gebe keinen Weg zurück. 2007 bezeichnete er sich ironisch als „absoluten, puren Demokraten“. 2014 legitimierte er das Krim-Referendum ausdrücklich mit demokratischen Verfahren und Zahlen. 2018 wiederum kritisierte er westliche Gesellschaften dafür, Wahlergebnisse nicht zu akzeptieren; 2024 erklärte Kremlsprecher Dmitri Peskow die russische Demokratie zur „besten“.² Der journalistische Beitrag ist selbst stark wertend und darf nicht als neutraler Regimeindikator behandelt werden. Als **Dokument politischer Selbstdeutung** ist er jedoch aufschlussreich.

¹ V-Dem Institute: *Democracy Report 2026 – Unraveling the Democratic Era?*, insbesondere zu den USA: EDI 0,84 (2024) auf 0,74 (2025), LDI 0,75 auf 0,57; Verlust des Status als liberale Demokratie. Direkter Bericht: https://www.v-dem.net/documents/75/V-Dem_Institute_Democracy_Report_2026_lowres.pdf; Release Statement: <https://v-dem.net/release-statement-for-v16-of-the-v-dem-dataset/>

² Julian Wermuth: *7 Zitate über die russische Demokratie, die selbst Putin nicht glaubt*, Watson, 15. März 2024. Der Beitrag ist journalistisch wertend und wird hier als Quelle politischer Selbstbeschreibungen, nicht als Regimeklassifikation verwendet. Direkter Link: <https://www.watson.ch/international/russland/206229760-das-sagt-wladimir-putin-ueber-die-demokratie-in-russland-in-7-zitaten>

Auch in den Vereinigten Staaten ist „Demokratie“ kein einheitlicher Begriff. Die amerikanische Tradition verbindet Volkssouveränität mit republikanischer Verfassungsordnung, Gewaltenteilung, föderaler Machtstreuung und individuellen Freiheitsrechten. Gleichzeitig existiert eine starke majoritäre und populistische Tradition, die den direkt oder indirekt artikulierten Volkswillen gegenüber institutionellen Begrenzungen priorisieren kann. In polarisierten Phasen kann daher dasselbe Gerichtsurteil von der einen Seite als rechtsstaatliche Kontrolle und von der anderen als illegitime Behinderung demokratisch gewählter Macht wahrgenommen werden.

Die Vielfalt der Demokratiebegriffe führt jedoch nicht zu begrifflicher Beliebigkeit. Dass unterschiedliche Demokratietheorien verschiedene Schwerpunkte setzen, bedeutet nicht, dass jede politische Ordnung demokratisch genannt werden kann, sobald sie sich selbst so bezeichnet. Sonst wäre „Demokratie“ kein analytischer Begriff mehr, sondern lediglich ein politisches Gütesiegel.

Die entscheidende Unterscheidung lautet daher:

Begriffspluralität $\neq$ Begriffsbeliebigkeit.

Ein wissenschaftlicher Demokratiebegriff darf mehrere Dimensionen enthalten, muss aber Kriterien nennen, anhand deren das Vorhandensein, die Qualität und der Verfall demokratischer Strukturen geprüft werden können.

2. Demokratie als mehrdimensionaler Begriff

Die moderne Demokratieforschung arbeitet deshalb nicht mit einem einzigen Merkmal. V-Dem unterscheidet fünf hochrangige Demokratieprinzipien: **elektoral, liberal, partizipativ, deliberativ und egalitär**. Im Kern elektoral-demokratischer Ordnung stehen freie und faire wiederkehrende Wahlen, allgemeines Wahlrecht, tatsächlich gewählte Machthaber, freie Parteienkonkurrenz sowie hinreichende Meinungs-, Medien- und Vereinigungsfreiheit. Die liberale Dimension ergänzt wirksame Gewaltenteilung, Rechtsstaat und den Schutz gleicher Freiheitsrechte.³

International IDEA strukturiert Demokratie ähnlich über die Bereiche **Representation, Rights, Rule of Law und Participation**. Zu den Unterdimensionen zählen glaubwürdige Wahlen, freie Parteien, ein wirksames Parlament, unabhängige Justiz, Pressefreiheit, Vereinigungsfreiheit, Zugang zum Recht, Zivilgesellschaft und politische Beteiligung.⁴

Damit wird sichtbar, warum reine Wahldefinitionen unzureichend sind. Wahlen können stattfinden, ohne dass eine Regierung real verlieren kann. Ein Parlament kann existieren, ohne wirksam kontrollieren zu können. Gerichte können formal unabhängig heißen, während Richter politisch abhängig sind. Medien können legal zugelassen sein und dennoch durch Eigentumsstrukturen, Repression oder selektive Zugänge so deformiert werden, dass kein offener Wettbewerb von Informationen besteht.

Demokratie lässt sich deshalb als Qualitätsvektor darstellen:

$$\mathbf{D}_t = (E_t, K_t, R_t, F_t, M_t, A_t, Z_t, W_t).$$

Dabei steht

- E_t für die Integrität und Fairness von Wahlen,
- K_t für reale politische Konkurrenz,
- R_t für Rechtsstaat und richterliche Unabhängigkeit,
- F_t für Grund- und Freiheitsrechte,

³ V-Dem Institute, *Democracy Report 2026*, Box „Democracy“. V-Dem unterscheidet elektoral, liberal, egalitär, partizipativ und deliberativ. https://www.v-dem.net/documents/75/V-Dem_Institute_Democracy_Report_2026_lowres.pdf

⁴ International IDEA: *The Global State of Democracy 2025: Democracy on the Move*. Demokratie wird über Representation, Rights, Rule of Law und Participation operationalisiert. <https://www.idea.int/sites/default/files/2025-09/global-state-of-democracy-2025-democracy-on-the-move.pdf>

- M_t für Medienpluralismus und Informationsfreiheit,
- A_t für institutionelle Rechenschaftspflicht,
- Z_t für Zivilgesellschaft und Beteiligungsmöglichkeiten,
- W_t für die reale Möglichkeit eines friedlichen Machtwechsels.

Diese Größen sind **nicht einfach additiv**. Ein hoher Wert in einer Dimension kann den Zusammenbruch einer anderen Kernbedingung nicht beliebig kompensieren. Eine hohe Wahlbeteiligung ersetzt keine echte Auswahl. Ein populärer Präsident ersetzt keine unabhängigen Gerichte. Eine formale Verfassung ersetzt nicht ihre tatsächliche Bindungswirkung.

Der systemische Kern der Demokratie liegt daher in der Frage: **Kann politische Macht durch institutionalisierte Gegenkräfte wirksam korrigiert und gegebenenfalls abgelöst werden?**

3. Systemtheoretische Perspektive: Demokratie als Rückkopplungsordnung

Systemisch betrachtet ist Demokratie keine statische Staatsform, sondern ein Netz von Rückkopplungen. Politische Entscheidungen erzeugen Folgen; diese Folgen werden beobachtet, kritisiert, rechtlich geprüft, parlamentarisch kontrolliert, medial öffentlich gemacht und schließlich bei Wahlen bewertet. Demokratie funktioniert dort, wo diese Rückmeldungen nicht nur symbolisch, sondern handlungswirksam sind.

Ein idealtypischer demokratischer Korrekturkreis lautet:

Entscheidung → Folgen → Information
 → öffentliche Kritik → institutionelle Kontrolle → Korrektur oder Machtwechsel.

Die politische Führung ist in diesem Modell kein souveräner Systemcontroller. Sie ist selbst Teil eines Gefüges aus Parlament, Gerichten, Föderalismus, Parteien, Medien, Verwaltungen, Wirtschaftsakteuren, Verbänden und Bürgern. Der demokratische Staat ist deshalb gerade dadurch stabil, dass er **nicht vollständig steuerbar** ist.

Autokratisierung verändert diese Rückkopplung. Sie konzentriert nicht notwendigerweise sofort alle Macht. Häufig werden einzelne Kontrollkanäle schrittweise geschwächt: unabhängige Behörden werden politisiert, Medien eingeschüchtert, Wahlregeln einseitig verändert, Opposition rechtlich oder wirtschaftlich belastet und Parlamente in ihrer Kontrollfunktion marginalisiert. Bermeo beschreibt diesen modernen Typ demokratischen Rückbaus als „executive aggrandizement“ und strategische Manipulation demokratischer Institutionen; Lührmann und Lindberg zeigen, dass gegenwärtige Autokratisierung häufig graduell und unter legaler Fassade stattfindet.⁵

Formal lässt sich ein selbstverstärkender Autokratisierungskreislauf so skizzieren:

Machtkonzentration ↑ → Kontrolle ↓ → Informationspluralismus ↓ → Konkurrenz ↓ → Machtkonzentration ↑.

Demokratische Resilienz bedeutet dagegen, dass Gegenkopplungen erhalten bleiben:

Machtkonzentration ↑ → Gerichte/Parlament/Medien/Föderalismus ↑ → Korrektur → Machtbegrenzung.

Die Qualität einer Demokratie zeigt sich daher besonders in Konflikten. Solange alle Akteure einverstanden sind, werden Institutionen wenig beansprucht. Erst wenn eine Regierung Gerichte verliert, Medien kritisieren, Parlamente widersprechen oder Wahlen ungünstig ausgehen, zeigt sich, ob demokratische Regeln stärker sind als der Wille der jeweiligen Machtinhaber.

⁵ Nancy Bermeo: „On Democratic Backsliding“, *Journal of Democracy* 27(1), 2016, 5–19. <https://www.journalofdemocracy.org/articles/on-democratic-backsliding/>; Anna Lührmann/Staffan I. Lindberg: „A Third Wave of Autocratization Is Here: What Is New About It?“, *Democratization* 26(7), 2019, 1095–1113. DOI: <https://doi.org/10.1080/13510347.2019.1582029>

4. Legitimation als Systemdimension: Religion, Sinn und politische Macht

Die bisherige Systemanalyse bleibt unvollständig, wenn sie ausschließlich formale Institutionen betrachtet. Politische Ordnungen stabilisieren sich nicht nur durch Recht, Wahlen und Organisation, sondern auch durch **Legitimität**: Bürger müssen politische Herrschaft zumindest in einem hinreichenden Maß als berechtigt, sinnvoll oder alternativlos ansehen. Religion kann dafür eine besonders starke symbolische Ressource bereitstellen, weil sie Politik mit Geschichte, Moral, Opfer, Schuld, Hoffnung, Berufung und Transzendenz verbindet.

Die zugespitzte Beobachtung, die Russische Orthodoxe Kirche festige das russische System, während evangelikale und katholische Milieus das amerikanische System legitimierten, enthält deshalb einen wichtigen systemischen Kern, ist in dieser Form aber zu grob. Weder „die Orthodoxie“ noch „die evangelischen Kirchen“ noch „die katholische Kirche“ handeln als homogene politische Akteure. Entscheidend ist vielmehr, **was** legitimiert wird: demokratisches Verfahren, Verfassung, konkrete Regierung, Nation, Partei oder einzelne politische Entscheidungen.

4.1 Was heißt politische Legitimation durch Religion?

Politische Herrschaft benötigt mehr als Zwang und formale Legalität. Sie benötigt Akzeptanz, Vertrauen und eine plausible Erzählung darüber, warum eine Ordnung als gerechtfertigt gelten soll. Religion kann solche Deutungsressourcen bereitstellen. Sie verbindet politische Ordnung mit Vorstellungen von Geschichte, Berufung, Moral, Opfer, Schuld, Hoffnung und Transzendenz.

Für die Analyse ist zwischen mindestens vier Objekten religiöser Legitimation zu unterscheiden:

1. **Systemlegitimation**: Anerkennung der Verfassung, demokratischer Verfahren, Grundrechte und friedlichen Machtwechsels.
2. **Regime- oder Regierungslegitimation**: religiöse Rechtfertigung eines konkreten Herrschaftszentrums oder einer politischen Führung.
3. **Nationslegitimation**: Deutung der Nation als geschichtlich, moralisch oder religiös besonders berufen.
4. **Politiklegitimation**: religiöse Begründung bestimmter Sachentscheidungen, etwa Krieg, Migration, Abtreibung, Sozialpolitik oder Außenpolitik.

Diese Ebenen dürfen nicht gleichgesetzt werden. Eine Kirche kann die demokratische Ordnung grundsätzlich bejahen und gleichzeitig eine Regierung scharf kritisieren. Umgekehrt kann sie Wahlen und Verfassung rhetorisch anerkennen, faktisch aber ein Herrschaftssystem sakralisieren, in dem politische Konkurrenz kaum noch wirksam ist.

Robert N. Bellahs klassische Analyse der amerikanischen *civil religion* ist hierfür aufschlussreich. Bellah beschrieb eine neben den Kirchen bestehende religiöse Dimension des amerikanischen Gemeinwesens, in der Nation, Geschichte und politische Ordnung mit transzendenten Sinnbezügen verbunden werden.⁶ Entscheidend ist dabei ein Punkt, der oft übersehen wird: Zivilreligion kann zur **Selbstvergöttlichung der Nation** degenerieren; sie kann aber auch einen Maßstab bereitstellen, an dem die Nation gerade kritisch beurteilt wird.

4.2 Ein systemisches Modell religiöser Legitimation

Die politische Wirkung von Religion lässt sich als Strukturmodell beschreiben:

$$\Lambda_R = \Phi(K_{SP}, S_N, M_R, P_R, A_K, C_T).$$

Dabei bezeichnet:

- K_{SP} die **Kopplungsdichte zwischen Staat und religiöser Organisation**,
- S_N die **Sakralisierung von Nation, Führung oder politischer Mission**,

⁶ Robert N. Bellah, „Civil Religion in America“, *Daedalus* 96/1 (1967), S. 1–21; Open-Access-Neuveröffentlichung durch die American Academy of Arts & Sciences: <https://www.amacad.org/publication/daedalus/civil-religion-america-1967>.

- M_R die **organisatorische Konzentration religiöser Autorität**,
- P_R den **religiösen und weltanschaulichen Pluralismus**,
- A_K die **Autonomie religiöser Akteure gegenüber Staat und Partei**,
- C_T die **kritische Transzendenz**, also die Fähigkeit, politische Macht an einem ihr entzogenen moralisch-religiösen Maßstab zu beurteilen.

Die Formel ist **kein Messgesetz**. Sie macht Beziehungen sichtbar. Hohe Staats-Kirchen-Kopplung, starke nationale Sakralisierung und konzentrierte religiöse Autorität können eine einheitliche Regimelegitimation begünstigen. Hoher Pluralismus, institutionelle Autonomie und kritische Transzendenz erzeugen dagegen konkurrierende religiöse Deutungen. Religion stabilisiert dann nicht notwendig eine Regierung, sondern eher den öffentlichen Streit, die Gewissensbildung und gegebenenfalls die demokratische Ordnung selbst.

Systemisch entstehen unterschiedliche Rückkopplungen.

Russisches Muster:

staatliche Förderung → kirchliche Präsenz und Privilegierung → religiöse Deutung staatlicher Ziele
→ symbolische Legitimation → weitere staatliche Förderung.

Amerikanisches Muster:

religiöse Milieus ↔ Parteien und Wahlen ↔ politische Entscheidungen
↔ religiöse Mobilisierung und Gegenmobilisierung.

Der zweite Kreislauf ist wesentlich konflikthafter. Er produziert zugleich Legitimation und Delegitimation, Regierungstreue und Regierungskritik.

5. Russland: Demokratie als Souveränitäts- und Ordnungsbegriff

Die russische politische Entwicklung seit 2000 kann ohne die Erfahrungen der 1990er-Jahre kaum verstanden werden. Staatszerfall, wirtschaftliche Verwerfungen, Oligarchisierung, Korruption, regionale Machtzentren und soziale Unsicherheit erzeugten ein starkes Bedürfnis nach Ordnung und staatlicher Handlungsfähigkeit. In Putins politischer Selbstdeutung erscheint deshalb nicht primär Stagnation, sondern **Desintegration** als zentrale Gefahr.

Aus diesem Kontext entwickelte sich in der politischen Ideologie des Kremls die Vorstellung einer „souveränen Demokratie“. Der Begriff wurde vor allem durch Vladislav Surkov seit 2005/06 geprägt. Er verbindet demokratische Legitimation mit nationaler Souveränität, einem starken Zentralstaat und der Abwehr äußerer Einflussnahme. Alfred B. Evans beschreibt „sovereign democracy“ als ideologische Verdichtung bereits zuvor in Putins Reden formulierter Themen: gesellschaftlicher Wertekonsens, Staatlichkeit, nationale Eigenständigkeit und Misstrauen gegenüber externer Demokratisierungspolitik.⁷

Diese Konzeption beantwortet eine reale demokratietheoretische Frage: **Darf ein Volk seine institutionelle Ordnung eigenständig entwickeln, oder muss Demokratie immer einem westlichen Muster folgen?** Die Antwort kann wissenschaftlich nur lauten: Demokratische Institutionen dürfen kulturell und verfassungsrechtlich unterschiedlich ausgestaltet sein. Parlamentarismus, Präzidentialismus, Verhältniswahl und Mehrheitswahl, direkte Demokratie oder Föderalismus sind keine weltweit identischen Modelle.

Problematisch wird die Souveränitätsargumentation dort, wo sie nicht mehr institutionelle Vielfalt schützt, sondern **externe und interne Kontrolle selbst als illegitime Einmischung definiert**. Dann entsteht eine Immunsierungsstruktur: Kritik an demokratischen Defiziten kann als Angriff auf die Souveränität abgewiesen werden, während die Regierung selbst entscheidet, welche Opposition noch als legitim gilt.

⁷ Alfred B. Evans: „Power and Ideology: Vladimir Putin and the Russian Political System“, *The Carl Beck Papers in Russian and East European Studies*, 2008. DOI: <https://doi.org/10.5195/cbp.2008.139> ; zur „sovereign democracy“ siehe auch Antonella Salomoni: „Theories of Sovereignty in the Age of Putin“, *DPCE Online* 44(3), 2020. <https://doi.org/10.57660/dpceonline.2020.1102>

Die aktuelle empirische Lage ist eindeutig asymmetrischer, als russische Selbstbeschreibungen nahelegen. Freedom House bewertet Russland 2026 mit **12 von 100 Punkten** als „Not Free“ und beschreibt ein autoritäres System, in dem Macht beim Präsidenten konzentriert, die Justiz untergeordnet, das Medienumfeld kontrolliert und echte Opposition unterdrückt wird.⁸ Die Verfassungsänderungen von 2020 setzten die bisherigen Amtszeiten Putins für die neue Zählung zurück und eröffneten ihm grundsätzlich die Möglichkeit, bis 2036 im Amt zu bleiben.⁹

Für die Präsidentschaftswahl 2024 lud Russland keine OSZE/ODIHR-Beobachter ein. Die OSZE wertete dies als Verstoß gegen eingegangene Verpflichtungen und verwies auf den schrumpfenden demokratischen Raum. Im August 2026 wiederholte sich dieses Muster für die bevorstehenden Duma-Wahlen; damit ist es der dritte landesweite Wahlprozess in Folge, den die OSZE nicht beobachten kann.¹⁰

Das zentrale systemische Problem ist daher nicht, dass Russland überhaupt keine Wahlen hätte. Es besteht darin, dass die **Selektions-, Informations- und Kontrollbedingungen vor der Wahl** den Ausgang zunehmend vorstrukturieren. Oppositionelle Kandidaten, unabhängige Organisationen, kritische Medien und Wahlbeobachter verfügen nicht über einen mit der Regierungsseite vergleichbaren Handlungsraum. Damit verliert die Wahl einen Teil ihrer Funktion als reale Unsicherheits- und Abwahlinstitution.

6. Orthodoxie als religiöse Verdichtung des russischen Systems

Für Russland ist die enge Kooperation der politischen Führung mit der Führung des Moskauer Patriarchats inzwischen gut dokumentiert. Forschung zur Rolle der Russischen Orthodoxen Kirche beschreibt eine wechselseitige Instrumentalisierung: Der Staat gewinnt religiöse und historisch-zivilisatorische Legitimation; die Kirche gewinnt gesellschaftliche Sichtbarkeit, Zugang zu Institutionen und politische Relevanz.¹¹

Besonders deutlich wurde diese Kopplung seit dem russischen Großangriff auf die Ukraine 2022. Eine systematische Untersuchung der Predigten und Reden Patriarch Kirills zeigt, wie historische Narrative mit religiösem Sinn aufgeladen werden und dadurch eine Weltanschauung entsteht, in der der Krieg als notwendig und legitim erscheinen kann.¹² Der unter dem Vorsitz Patriarch Kirills stehende Weltrussische Volksrat bezeichnete den Krieg 2024 in einem Dekret sogar als „Heiligen Krieg“. Der Ökumenische Rat der Kirchen erklärte ausdrücklich, diese Formulierung sei mit christlichen und ökumenischen Grundsätzen nicht vereinbar.¹³

Auch jenseits des Krieges ist die institutionelle Nähe sichtbar. Patriarch Kirill verwies 2025 auf den staatlichen Erlass zu den „traditionellen russischen geistig-moralischen Werten“ und hob darin die besondere Rolle der Orthodoxie hervor.¹⁴ Eine Resolution des Weltrussischen Volksrates aus dem Jahr 2025 erklärte ausdrücklich Unterstützung für den Kurs der Staatsmacht zur Durchsetzung traditioneller geistig-moralischer Werte als Grundlage von Wohlergehen, Sicherheit und souveräner Entwicklung des russischen Staates.¹⁵ In einem offiziellen kirchlichen Text von 2026 wird die Zusammenarbeit von Staatsorganen, Kirche und „traditionellen

⁸ Freedom House: *Russia – Freedom in the World 2026*. Russland: 12/100, „Not Free“; Beschreibung der Machtkonzentration, Wahlmanipulation, Medienkontrolle, Oppositionsunterdrückung und der Verfassungsänderung 2020. <https://freedomhouse.org/country/russia/freedom-world/2026>

⁹ Freedom House: *Russia – Freedom in the World 2026*. Russland: 12/100, „Not Free“; Beschreibung der Machtkonzentration, Wahlmanipulation, Medienkontrolle, Oppositionsunterdrückung und der Verfassungsänderung 2020. <https://freedomhouse.org/country/russia/freedom-world/2026>

¹⁰ OSCE/ODIHR: *Russian Federation flouts international commitments once again with decision not to invite OSCE observers to presidential election*, 29. Jänner 2024. <https://odihr.osce.org/odihr/elections/russia/562065> ; OSCE/ODIHR: *Russian Federation continues to violate international commitments ... failing to invite OSCE observers to parliamentary elections*, 6. August 2026. <https://odihr.osce.org/odihr/667020>

¹¹ Zacarias Negron, „To Whom Much is Given: The Russian Orthodox Church’s Role in the Russo-Ukrainian War“, *Journal of Church and State* 67/1 (2025), DOI 10.1093/jcs/csae046: <https://academic.oup.com/jcs/article/67/1/csae046/7734338>.

¹² Vebjørn L. Horsfjord, „Patriarch and patriot: history in Patriarch Kirill’s sermons in the first year of the full-scale war in Ukraine“, *Religion, State & Society* (2024), DOI 10.1080/09637494.2024.2353417: <https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/09637494.2024.2353417>.

¹³ World Council of Churches, „WCC statement on Decree of XXV World Russian People’s Council“, 12. April 2024: <https://www.oikoumene.org/resources/documents/wcc-statement-on-decree-of-xxv-world-russian-peoples-council>.

¹⁴ Moskauer Patriarchat, Ansprache Patriarch Kirills zu traditionellen geistlichen Werten, 28. Januar 2025: <https://patriarchia.ru/db/text/6194415.html>.

¹⁵ Moskauer Patriarchat, Resolution des XXVII. Weltrussischen Volksrates, 2025, Abschnitt 3.1–3.3: <https://www.patriarchia.ru/article/118591>.

Religionen” positiv als gemeinsame Verantwortung für das Schicksal des Volkes dargestellt; staatlicher Souveränität wird dabei ein „geistlicher Souveränitäts“-Begriff zur Seite gestellt.¹⁶

Systemisch entsteht damit eine **sakralisierte politische Semantik**. Nation, geschichtliche Mission, traditionelle Werte, staatliche Souveränität und orthodoxe Identität werden eng miteinander gekoppelt. Religion legitimiert hier nicht bloß den Staat im abstrakten Sinn. Sie kann konkrete Machtstrukturen und geopolitische Deutungen mit einer zusätzlichen, transzendenten Bedeutungsschicht versehen.

Gerade deshalb wäre es jedoch falsch, „die Orthodoxie” mit dieser Position gleichzusetzen. Es gab orthodoxe Geistliche, die den Krieg aus christlichen Gründen ablehnten. Der Priester Ioann Burdin wurde nach seiner öffentlichen Verurteilung des Krieges sanktioniert und später vom kirchlichen Dienst ausgeschlossen.¹⁷ Auch dies ist systemisch bedeutsam: **Je stärker das religiöse Zentrum mit dem politischen Zentrum gekoppelt ist, desto höher können die Kosten innerkirchlicher Gegenpositionen werden.**

7. Die systemische Logik des russischen Modells

Russlands politisches System lässt sich als stark personenzentriertes, hierarchisches Rückkopplungsmodell beschreiben. Die Führung gewinnt Legitimation nicht allein aus Wahlen, sondern aus einem Bündel von Ordnung, nationaler Einheit, geopolitischer Souveränität, wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit, Sicherheitsversprechen und historischer Selbstbehauptung.

Systemisch entsteht eine positive Rückkopplung:

Bedrohungswahrnehmung → Zentralisierung → Kontrolle des Informationsraums
 → schwächere Gegenorganisation → geringere Sichtbarkeit von Alternativen
 → Legitimation der Zentralisierung.

Der Krieg gegen die Ukraine seit 2022 verstärkt diese Struktur. Krieg erhöht in nahezu jedem politischen System den Druck zur Exekutivkonzentration, Geheimhaltung und Sicherheitsorientierung. In einem bereits autoritär verdichteten System wirken solche Bedingungen jedoch nicht nur temporär, sondern verstärken bestehende Repressions- und Kontrollmechanismen. Freedom House dokumentiert seit 2022 zusätzliche Einschränkungen von Dissens und individuellen Freiheitsrechten.¹⁸

Damit verändert sich auch die politische Bedeutung von „Demokratie“. Sie bezeichnet zunehmend weniger die **Offenheit des Machtwettbewerbs** als die behauptete Identität zwischen Staat, Führung und nationalem Mehrheitswillen. David Lewis beschreibt diesen Mechanismus als eine Form autoritärer Repräsentation, in der der Führer den Volkswillen unmittelbar zu verkörpern beansprucht, während liberale Vermittlungsinstitutionen an Bedeutung verlieren.¹⁹

Gerade hier liegt ein systemischer Unterschied zwischen **Mehrheitslegitimation** und **demokratischer Revisionsfähigkeit**. Eine Regierung kann populär sein und dennoch autokratisch regieren. Zustimmung ist ein wichtiger politischer Sachverhalt; Demokratie erfordert darüber hinaus, dass Zustimmung frei gebildet werden kann und dass organisierte Ablehnung eine reale Chance auf politische Wirksamkeit besitzt.

Religiöse Legitimation kann diesen politischen Rückkopplungskreis zusätzlich verdichten. Wo staatliche Förderung kirchliche Präsenz stärkt und kirchliche Deutung wiederum staatliche Ziele moralisch oder

¹⁶ Moskauer Patriarchat, Dokument zu den Parlamentarischen Begegnungen 2026; dort wird die Zusammenarbeit staatlicher Organe, Kirche und traditioneller Religionen sowie der Begriff „geistlicher Souveränität“ ausdrücklich hervorgehoben: <https://www.patriarchia.ru/documents/synod/2026/article/120123>.

¹⁷ Reuters, „Banned Russian priest stands by condemnation of ‘brother killing brother’ in Ukraine“, 24. September 2024: <https://www.reuters.com/world/europe/banned-russian-priest-stands-by-condemnation-brother-killing-brother-ukraine-2024-09-24/>.

¹⁸ Freedom House: *Russia – Freedom in the World 2026*. Russland: 12/100, „Not Free“; Beschreibung der Machtkonzentration, Wahlmanipulation, Medienkontrolle, Oppositionsunterdrückung und der Verfassungsänderung 2020. <https://freedomhouse.org/country/russia/freedom-world/2026>

¹⁹ David G. Lewis: *Russia's New Authoritarianism: Putin and the Politics of Order*, Edinburgh University Press, 2020, Kapitel „Democracy and the People“. Überblick: <https://www.cambridge.org/core/books/abs/russias-new-authoritarianism/democracy-and-the-people/567520DD76A7FB05037FECC7D9E73AC>

heilsgeschichtlich auflädt, entsteht eine zweite positive Rückkopplung zwischen politischem und religiösem Zentrum. Sie ist analytisch von persönlichem Glauben und von der gesamten Orthodoxie zu unterscheiden.

8. USA: Demokratie als Verfassungs- und Konfliktsystem

Die Vereinigten Staaten bilden historisch einen anderen Systemtyp. Die amerikanische Verfassung konstruiert Macht nicht als einheitliche Spitze, sondern als bewusst konflikthafte Gefüge: Präsident, Kongress, Bundesgerichte, Einzelstaaten und föderale Kompetenzen begrenzen einander. Die Idee ist gerade nicht, politischen Konflikt aufzulösen, sondern ihn institutionell zu kanalisieren.

Dieses Modell war nie widerspruchsfrei. Sklaverei, rassistische Entrechtung, begrenztes Wahlrecht, ökonomische Ungleichheit und zeitweise massive Ausschlüsse zeigen, dass die reale amerikanische Demokratie ihrer normativen Selbstbeschreibung historisch häufig nicht entsprach. Demokratie ist deshalb auch in den USA kein abgeschlossener Besitzstand, sondern ein historischer Lern- und Konfliktprozess.

Die Wahl 2024 bestätigt zunächst wichtige demokratische Kernfunktionen. Die OSZE/ODIHR-Beobachtungsmission beschreibt den Wahlkampf als **kompetitiv**, wenn auch hoch polarisiert; fundamentale zivile und politische Rechte wurden im Wahlkampf grundsätzlich gewahrt. Gleichzeitig nennt der Bericht erhebliche Probleme: extreme Polarisierung, aggressive Rhetorik, große Bedeutung privaten Geldes, Medienkonzentration und parteiische Informationsökosysteme sowie Einschränkungen der internationalen Wahlbeobachtung in mehreren Einzelstaaten.²⁰

Gerade diese Gleichzeitigkeit ist analytisch wichtig. Ein System kann demokratisch sein und dennoch erhebliche demokratische Defekte aufweisen. Demokratische Qualität ist graduell, während bestimmte Schwellen – etwa der Verlust realer Wahlkonkurrenz – einen Regimewechsel markieren können.

9. Religion in den USA: pluralistische Legitimation und Gegenlegitimation

Die amerikanische Konstellation ist strukturell anders. Es existiert weder eine Staatskirche noch eine mit dem politischen Zentrum vergleichbare kirchliche Monopolorganisation. Die religiöse Landschaft ist pluralistisch, wettbewerblich und stark dezentralisiert. Schon deshalb ist die Aussage, „die evangelische und katholische Kirche legitimieren das amerikanische System“, zu undifferenziert.

9.1 Evangelikaler Protestantismus: starke politische Kopplung eines Teilmilieus

Für **weiße evangelikale Protestanten** ist die Nähe zum republikanischen Lager empirisch sehr stark. Bei der Präsidentschaftswahl 2024 stimmten nach den validierten Wählerdaten des Pew Research Center 81 Prozent dieser Gruppe für Donald Trump.²¹ PRRI weist 2026 zugleich darauf hin, dass unter weißen evangelikalen Protestanten die Zustimmung zu christlich-nationalistischen Vorstellungen besonders hoch ist; 49 Prozent bewerteten bereits den Begriff *Christian nationalism* positiv, und in einem breiteren Index wurden 67 Prozent als Anhänger oder Sympathisanten christlich-nationalistischer Vorstellungen eingeordnet.²²

Diese Befunde belegen keine einheitliche „evangelikale Kirche“, wohl aber eine starke **Kopplung eines bedeutenden religiösen Milieus an einen politischen Machtblock**. Forschung zum christlichen

²⁰ OSCE/ODIHR: *United States of America – General Elections, 5 November 2024, Limited Election Observation Mission, Final Report*, 11. April 2025. Der Bericht beschreibt den Wahlkampf als kompetitiv und hoch polarisiert, bei grundsätzlich gewährten politischen und zivilen Rechten. <https://odihr.osce.org/sites/default/files/f/documents/d/e/588772.pdf>

²¹ Pew Research Center, „How voting patterns changed in the 2024 election“, 26. Juni 2025: <https://www.pewresearch.org/politics/2025/06/26/voting-patterns-in-the-2024-election/>.

²² Public Religion Research Institute (PRRI), *Christian Nationalism Across All 50 States*, 2026: <https://www.prri.org/wp-content/uploads/2026/02/PRRI-Feb-2026-CN-in-50-states.pdf>; ergänzend PRRI, *Competing Visions of America at 250*, 2026: <https://prri.org/wp-content/uploads/2026/06/PRRI-Jun-2026-American-Identity.pdf>.

Nationalismus zeigt, wie religiöse Identität, nationale Auserwähltheit, kulturelle Hierarchie und politische Macht miteinander verbunden werden können.²³

Hier entsteht ein amerikanisches Gegenstück zur religiösen Systemlegitimation, aber **keine strukturelle Identität mit Russland**. Die evangelikale Legitimation erfolgt in einem wettbewerblichen Parteiensystem, wird durch andere Kirchen und Religionsgemeinschaften bestritten und besitzt keine staatlich privilegierte kirchliche Monopolstellung. Schwarze protestantische Kirchen, Mainline-Protestanten und andere christliche Gruppen vertreten teilweise deutlich andere politische Positionen. Religion ist daher zugleich Machtressource und Gegenmachtressource.

9.2 Katholizismus: Legitimation demokratischer Teilnahme und gleichzeitige Regierungskritik

Noch deutlicher wird die notwendige Differenzierung beim Katholizismus. Katholische Wähler sind keine geschlossene politische Gruppe. 2024 votierten 55 Prozent der katholischen Wähler für Trump und 43 Prozent für Kamala Harris.²⁴ Daraus darf jedoch nicht auf eine identische Position der katholischen Kirche als Institution geschlossen werden.

Die US-amerikanische Bischofskonferenz versteht ihre politische Aufgabe ausdrücklich als **Gewissensbildung für verantwortliche demokratische Teilnahme**. Ihr Dokument *Forming Consciences for Faithful Citizenship* ruft Katholiken dazu auf, als Bürger am demokratischen politischen Leben teilzunehmen, das Gemeinwohl zu suchen und politische Programme und Kandidaten im Licht katholischer Soziallehre zu prüfen.²⁵ Das legitimiert die demokratische Ordnung als Raum verantwortlicher Beteiligung, nicht aber automatisch eine Partei oder Regierung.

Dass diese Unterscheidung real ist, zeigte sich 2025 besonders deutlich. Die US-Bischöfe verabschiedeten mit überwältigender Mehrheit eine ungewöhnlich dringliche „Special Message“ zur Migrationspolitik. Darin kritisierten sie Angst, Diffamierung von Migranten, Zustände in Haftzentren und Gefährdungen des besonderen Schutzes von Kirchen, Schulen und Krankenhäusern.²⁶ Die katholische Kirche kann also zugleich **Systemloyalität** und **Regierungskritik** praktizieren.

Genau hier zeigt sich die Funktion kritischer Transzendenz: Politische Ordnung wird nicht deshalb anerkannt, weil der jeweilige Präsident als religiös legitimiert gilt, sondern weil die Ordnung Gewissensfreiheit und politische Beteiligung ermöglicht. Dieselben religiösen Maßstäbe können anschließend gegen konkrete staatliche Maßnahmen mobilisiert werden.

10. Die USA 2025/26: demokratische Erosion ohne Gleichsetzung mit Russland

Die aktuelle Entwicklung der USA verschärft diese Frage erheblich. Der britische Historiker Harold James spricht in dem bereitgestellten Interview von einer der „selbstzerstörerischsten Präsidentschaften“ der amerikanischen Geschichte und sieht die globale US-Position rasch zerfallen; ausdrücklich nennt er Sorgen um die amerikanische Wirtschaft und Demokratie.²⁷ Das ist eine historische Deutung, kein Messwert. Sie erhält jedoch Gewicht dadurch, dass mehrere institutionelle Demokratiebeobachter unabhängig voneinander deutliche Verschlechterungen feststellen.

²³ Andrew L. Whitehead / Samuel L. Perry, *Taking America Back for God: Christian Nationalism in the United States*, Oxford University Press 2020: <https://academic.oup.com/book/33661>; Philip S. Gorski / Samuel L. Perry, *The Flag and the Cross: White Christian Nationalism and the Threat to American Democracy*, Oxford University Press 2022: <https://academic.oup.com/book/41502>.

²⁴ Pew Research Center, „How voting patterns changed in the 2024 election“, 26. Juni 2025: <https://www.pewresearch.org/politics/2025/06/26/voting-patterns-in-the-2024-election/>.

²⁵ United States Conference of Catholic Bishops (USCCB), *Forming Consciences for Faithful Citizenship*, insbesondere Part I und die Einleitung 2023: <https://www.usccb.org/issues-and-action/faithful-citizenship/forming-consciences-for-faithful-citizenship-part-one> und <https://www.usccb.org/issues-and-action/faithful-citizenship/forming-consciences-for-faithful-citizenship-introductory-letter>.

²⁶ USCCB, „U.S. Bishops Issue a ‘Special Message’ on Immigration from Plenary Assembly in Baltimore“, 12. November 2025: <https://www.usccb.org/news/2025/us-bishops-issue-special-message-immigration-plenary-assembly-baltimore>.

²⁷ Christian Ultsch: „Die USA schießen sich gerade in den Kopf“, Interview mit Harold James, *Die Presse*, 22. August 2026. Der bereitgestellte Artikel wird als zeitgenössische historische Deutung verwendet, nicht als quantitativer Demokratieindikator.

V-Dem meldet für 2025 den größten jährlichen Rückgang in der Geschichte der US-Messreihe: Der **Electoral Democracy Index** fiel von 0,84 auf 0,74, der **Liberal Democracy Index** von 0,75 auf 0,57. V-Dem führt dies insbesondere auf verschlechterte Medienfreiheit, schwächere Kontrolle der Exekutive durch den Kongress, Einbußen richterlicher Unabhängigkeit, Rechtsstaatsprobleme und Einschränkungen bürgerlicher Freiheiten zurück. Die USA verloren nach dieser Klassifikation erstmals seit über 50 Jahren den Status einer liberalen Demokratie und werden für 2025 als **elektorale Demokratie** geführt.²⁸

Freedom House kommt zu einer weniger weitgehenden, aber ebenfalls negativen Diagnose. Die USA bleiben 2026 mit **81 von 100 Punkten** „Free“, verloren aber gegenüber dem Vorjahr drei Punkte. Der Bericht nennt legislative Dysfunktion, wachsende exekutive Dominanz, Druck auf freie Meinungsäußerung und geschwächte Antikorruptionskontrollen. Zugleich betont Freedom House weiterhin die starke rechtsstaatliche Tradition, robuste Freiheitsgarantien, eine freie und vielfältige Presse sowie Gerichte, die exekutive und legislative Maßnahmen regelmäßig begrenzen.²⁹

International IDEA dokumentierte bereits in der ersten Hälfte 2025 zahlreiche Warnsignale, darunter Versuche zur Beschränkung akademischer Freiheit, selektiven Medienzugang, Umgehung rechtsstaatlicher Verfahren und exekutive Überdehnung. Zugleich weist IDEA ausdrücklich darauf hin, dass sich ein Teil dieser schnellen Veränderungen wegen des zeitlichen Verzugs noch nicht vollständig in den eigenen Indizes niederschlug.³⁰

Diese unterschiedlichen Bewertungen sind selbst ein Lehrstück über Demokratiebegriffe. V-Dem stuft die USA nicht mehr als **liberale** Demokratie ein; Freedom House bewertet sie weiterhin als **frei**. Daraus folgt nicht, dass einer der Ansätze beliebig wäre. Die Institutionen messen unterschiedliche Dimensionen, setzen unterschiedliche Schwellen und verwenden unterschiedliche Methoden.

unterschiedliche Operationalisierung ≠ beliebige Beurteilung.

11. Russland und USA: Warum Gleichsetzung analytisch falsch wäre

Eine systemische Analyse muss Ähnlichkeiten erkennen können, ohne Unterschiede einzuebnen. In beiden Systemen sind Prozesse politischer Personalisierung, Polarisierung, Freund-Feind-Kommunikation und exekutiver Machtsteigerung beobachtbar. In beiden Fällen spielt die Vorstellung eines „eigentlichen Volkes“ gegen institutionelle oder gesellschaftliche Gegenspieler eine erhebliche Rolle. In beiden Systemen können Sicherheits- und Souveränitätsargumente zur Ausweitung exekutiver Handlungsmacht verwendet werden.

Die strukturelle Lage ist dennoch verschieden.

Dimension	Russland	USA
Nationale Wahlen	formal regelmäßig, aber stark kontrollierte Konkurrenz	weiterhin kompetitiv; 2024 von OSZE als kompetitiver Wahlkampf beurteilt
Reale Abwahlmöglichkeit	stark eingeschränkt	grundsätzlich vorhanden und institutionell wirksam
Opposition	rechtlich, administrativ und repressiv stark eingeschränkt	organisiert, regiert Einzelstaaten und verfügt über reale Wahlchancen
Justiz	politisch stark abhängig	institutionell weiterhin eigenständig, aber unter wachsendem Druck
Medien	stark kontrolliertes und repressives Umfeld	plural und rechtlich stark geschützt, zugleich polarisiert und konzentriert
Zivilgesellschaft	stark eingeschränkt; „foreign agent“- und andere Repressionsinstrumente	breit und aktiv, aber zunehmende politische Konflikte und Drucksituationen
Föderale Gegenmacht	formal föderal, faktisch starke Zentralisierung	Einzelstaaten bleiben bedeutende eigenständige Machtzentren

²⁸ V-Dem Institute: *Democracy Report 2026 – Unraveling the Democratic Era?*, insbesondere zu den USA: EDI 0,84 (2024) auf 0,74 (2025), LDI 0,75 auf 0,57; Verlust des Status als liberale Demokratie. Direkter Bericht: https://www.v-dem.net/documents/75/V-Dem_Institute_Democracy_Report_2026_lowres.pdf; Release Statement: <https://v-dem.net/release-statement-for-v16-of-the-v-dem-dataset/>

²⁹ Freedom House: *United States – Freedom in the World 2026*. USA: 81/100, „Free“; zugleich deutliche Verschlechterung 2025. <https://freedomhouse.org/country/united-states/freedom-world/2026>

³⁰ International IDEA: *The Global State of Democracy 2025: Democracy on the Move*, insbesondere die 2025 dokumentierten Warnsignale in den USA und den Hinweis auf den zeitlichen Verzug der Indizes. <https://www.idea.int/sites/default/files/2025-09/global-state-of-democracy-2025-democracy-on-the-move.pdf>

Dimension	Russland	USA
Internationale Wahlbeobachtung	2024 und 2026 nicht eingeladen	2024 OSZE/ODIHR-Mission zugelassen, wenngleich mit Einschränkungen in einzelnen Staaten
Freedom House 2026	12/100, Not Free	81/100, Free
V-Dem-Regimebild 2025	autokratischer Bereich	elektorale Demokratie, stark autokratisierend

Der Vergleich zeigt daher **keine Symmetrie des Zustands**, wohl aber eine mögliche Vergleichbarkeit von Mechanismen. Russland veranschaulicht, was geschieht, wenn demokratische Gegenkopplungen über längere Zeit weitgehend ausgeschaltet werden. Die USA zeigen aktuell, wie selbst etablierte demokratische Institutionen unter Polarisierung, exekutiver Expansion und normativer Erosion geschwächt werden können.

12. Das religiöse Paradox im direkten Vergleich

Der Vergleich führt deshalb zu einem präziseren Paradox als die bloße Feststellung, Kirchen legitimierten in beiden Ländern „das System“.

Dimension	Russland	USA
Religiöses Feld	starkes institutionelles Zentrum der Moskauer Orthodoxie	hoch pluralistisch und dezentralisiert
Kopplung an politische Führung	hohe Nähe der Kirchenleitung zum Staatszentrum	unterschiedliche Nähe einzelner religiöser Milieus zu Parteien
dominante Legitimation	Staat, Nation, traditionelle Werte, geopolitische Mission	Verfassung/Zivilreligion, Partei, Kulturkampf oder Sachpolitik – je nach Milieu
religiöse Gegenöffentlichkeit	institutionell begrenzt und risikobehaftet	strukturell vorhanden und politisch wirksam
Gefahr	Sakralisierung von Staat und Führung	Sakralisierung von Partei, Nation oder Wahlsieg
demokratisches Potenzial	religiöse Kritik dort, wo sie autonom bleibt	pluralistische Gewissensbildung und wechselseitige Kritik

Das zentrale systemische Kriterium lautet daher:

Religiöse Legitimation ist demokratiefördernd $\Leftrightarrow$ bindet politische Macht, ohne sie zu sakralisieren.

Religion stärkt Demokratie, wenn sie Menschenwürde, Gewissen, Friedensfähigkeit, Rechtsbindung und Verantwortung gegenüber dem politischen Gegner verteidigt. Sie gefährdet Demokratie, wenn eine konkrete Nation, Partei oder Führung mit Gottes Willen so eng identifiziert wird, dass politische Opposition moralisch oder religiös delegitimiert erscheint.

12.1 Civil Religion und „Russkiy Mir“: strukturelle Ähnlichkeit, entscheidender Unterschied

Gerade der Vergleich von amerikanischer *civil religion* und der russischen Vorstellung vom *Russkiy Mir* ist aufschlussreich. Beide können Geschichte in eine Sinnordnung überführen. Beide arbeiten mit kollektiven Erinnerungen, Opfergeschichten, nationalen Symbolen und Vorstellungen besonderer geschichtlicher Verantwortung.

Die strukturelle Analogie darf jedoch nicht zur Gleichsetzung werden. Bellahs normative Pointe der amerikanischen Zivilreligion bestand gerade darin, die Nation einem transzendenten moralischen Urteil zu unterstellen.³¹ Zivilreligion besitzt damit eine **kritische Möglichkeit**: Amerika kann an seinen eigenen beanspruchten Prinzipien gemessen und für deren Verletzung verurteilt werden.

Im gegenwärtigen russischen Staats-Kirchen-Komplex ist dagegen eine stärkere Tendenz sichtbar, staatliche Souveränität, traditionelle Werte und religiös-zivilisatorische Identität miteinander zu verschmelzen. Das reduziert die Distanz zwischen religiösem Maßstab und politischem Machtzentrum. Je geringer diese Distanz

³¹ Vgl. Bellahs spätere Selbstpräzisierung: Die zentrale Tradition amerikanischer Zivilreligion sei nicht nationale Selbstverehrung, sondern Unterordnung der Nation unter transzendente ethische Prinzipien. Robert N. Bellah, „Civil Religion in America“: <https://direct.mit.edu/daed/article/134/4/40/27373/Civil-religion-in-America>.

wird, desto schwieriger wird es für Religion, jene kritische Funktion auszuüben, die ihre Transzendenz eigentlich ermöglicht.

Allerdings kann auch die amerikanische Zivilreligion in Nationalismus umschlagen. Wenn „America under God“ nicht mehr bedeutet, dass Amerika **unter einem höheren moralischen Maßstab steht**, sondern dass Amerika oder ein bestimmtes politisches Lager **Gottes bevorzugtes Werkzeug** sei, verändert sich die Systemfunktion. Kritische Transzendenz wird dann zur sakralen Selbstbestätigung. Genau hier berühren sich christlicher Nationalismus in den USA und die russische Sakralisierung politischer Ordnung funktional, ohne institutionell identisch zu sein.

13. Der entscheidende Test: Kann die Regierung verlieren?

Eine der stärksten Minimalfragen der Demokratietheorie lautet: **Kann eine Regierung eine Wahl verlieren – und muss sie das Ergebnis akzeptieren?** Demokratie institutionalisierte nach Adam Przeworski die Unsicherheit darüber, wer regiert, bei gleichzeitiger Verbindlichkeit der Regeln. Die Bürger wissen nicht, wer die nächste Wahl gewinnt; sie sollen aber darauf vertrauen können, dass ein Sieg der Opposition möglich und rechtlich wirksam ist.

Diese Idee lässt sich als demokratische Disponibilität der Macht formulieren:

$$W_t = P(\text{friedlicher Machtwechsel bei Mehrheitsverlust}) > 0$$

wobei W_t keine statistisch exakt gemessene Wahrscheinlichkeit darstellen muss, sondern eine institutionelle Prüfgröße. Entscheidend ist, ob ein Machtwechsel unter realistischen Bedingungen **möglich**, nicht nur theoretisch vorgesehen ist.

Russland erfüllt diese Bedingung heute nur noch sehr eingeschränkt. Freedom House hält fest, dass es keinen demokratischen Machtwechsel zwischen rivalisierenden politischen Gruppen gegeben hat und echte Oppositionskräfte systematisch benachteiligt werden.³²

In den USA ist die Machtwechselmöglichkeit weiterhin real. Demokraten und Republikaner gewinnen und verlieren Präsidentschaft, Kongresskammern, Gouverneursämter und Einzelstaaten. Gerade deshalb ist die gegenwärtige Erosion nicht belanglos: Sie betrifft ein System, dessen demokratische Korrekturmechanismen noch funktionieren, aber stärker beansprucht werden.

14. Polarisierung als demokratischer Rückkopplungsfehler

Die USA zeigen besonders deutlich, wie politische Polarisierung demokratische Selbstkorrektur schwächen kann. Matthew Graham und Milan Svolik fanden in experimentellen Untersuchungen, dass viele amerikanische Wähler demokratische Prinzipien gegen parteipolitische oder programmatische Präferenzen eintauschen; mit zunehmender Polarisierung sinkt die Bereitschaft, undemokratisches Verhalten der eigenen Seite zu sanktionieren.³³

Systemisch entsteht daraus eine gefährliche Schleife:

Polarisierung → gegenseitige Delegitimierung → Toleranz eigener Regelverletzungen
→ institutionelle Eskalation → noch mehr Polarisierung.

Demokratie lebt jedoch von einer paradoxen Doppelhaltung: Der politische Gegner darf **inhaltlich fundamental falsch** erscheinen und muss dennoch als **legitimer Konkurrent** anerkannt werden. Sobald der Gegner nicht mehr als konkurrierende politische Kraft, sondern als existenzielle Bedrohung verstanden wird,

³² Freedom House: *Russia – Freedom in the World 2026*. Russland: 12/100, „Not Free“; Beschreibung der Machtkonzentration, Wahlmanipulation, Medienkontrolle, Oppositionsunterdrückung und der Verfassungsänderung 2020. <https://freedomhouse.org/country/russia/freedom-world/2026>

³³ Matthew H. Graham/Milan W. Svolik: „Democracy in America? Partisanship, Polarization, and the Robustness of Support for Democracy in the United States“, *American Political Science Review* 114(2), 2020, 392–409. DOI: <https://doi.org/10.1017/S0003055420000052> ; Überblick Yale: <https://isps.yale.edu/research/publications/isps20-06>

wächst der Anreiz, rechtsstaatliche und institutionelle Grenzen im Namen der Rettung des Gemeinwesens zu überschreiten.

Diese Dynamik findet sich auch in autoritären Systemen, dort aber häufig in bereits verdichteter Form. In Russland werden oppositionelle und ausländisch unterstützte Organisationen zunehmend als Sicherheitsrisiko und Ausdruck äußerer Einflussnahme behandelt. In den USA ist eine solche Logik nicht institutionell vollständig durchgesetzt; sie tritt jedoch in der politischen Sprache und in einzelnen staatlichen Konflikten stärker hervor.

15. Medien und Informationssystem: Demokratie braucht epistemische Konkurrenz

Demokratie ist nicht nur ein Verfahren zur Stimmenzählung. Sie benötigt eine epistemische Infrastruktur: Bürger müssen konkurrierende Behauptungen hören, Quellen prüfen, Fehler öffentlich sichtbar machen und Regierungsentscheidungen kritisieren können.

Das Informationssystem einer Demokratie lässt sich als Rückkopplungsnetz verstehen:

politische Entscheidung → unabhängige Beobachtung → öffentliche Information
→ Gegenargument → politische Korrektur.

Wer den Informationsraum kontrolliert, verändert deshalb indirekt die Wahlentscheidung. In Russland ist diese Dimension strukturell stark eingeschränkt. Freedom House beschreibt ein kontrolliertes Medienumfeld; V-Dem nennt Russland als Beispiel zunehmender Restriktionen gegenüber Zivilgesellschaft und Menschenrechtsakteuren.^{34,35}

Die USA verfügen dagegen weiterhin über einen pluralen und rechtlich stark geschützten Medienraum. Das Problem besteht eher in **Fragmentierung, Partisanisierung, Eigentumskonzentration und Vertrauensverlust**. Die OSZE stellte 2024 fest, dass viele Medien ihre Berichterstattung auf parteipolitisch definierte Publika zuschnitten und dadurch Polarisierung verstärkten; zugleich blieb die Meinungsfreiheit grundsätzlich gewahrt.³⁶

Das sind unterschiedliche Systemprobleme. **Kontrollierter Informationsraum** und **polarisierter Informationsraum** sind nicht dasselbe. Beide können demokratische Rückkopplung schwächen, aber durch verschiedene Mechanismen.

16. Rechtsstaat und Gewaltenteilung: Demokratie als Selbstbegrenzung der Mehrheit

Der vielleicht tiefste Konflikt verschiedener Demokratievorstellungen betrifft das Verhältnis von Mehrheit und Grenze. Eine rein majoritäre Vorstellung lautet: Wer die Wahl gewinnt, soll sein Programm umsetzen können. Eine liberal-konstitutionelle Vorstellung ergänzt: Auch eine Mehrheit darf nicht alles; sie bleibt an Verfassung, Grundrechte, Gerichte, Verfahrensregeln und Zuständigkeitsgrenzen gebunden.

Daraus entsteht ein unvermeidlicher Konflikt. Gerichte, die eine Regierung stoppen, können aus majoritärer Sicht als undemokratisch erscheinen. Aus liberal-demokratischer Sicht erfüllen sie gerade eine demokratische

³⁴ Freedom House: *Russia – Freedom in the World 2026*. Russland: 12/100, „Not Free“; Beschreibung der Machtkonzentration, Wahlmanipulation, Medienkontrolle, Oppositionsunterdrückung und der Verfassungsänderung 2020. <https://freedomhouse.org/country/russia/freedom-world/2026>

³⁵ V-Dem Institute: *Democracy Report 2026*, Abschnitt zur globalen Einschränkung der Zivilgesellschaft; Russland wird als Beispiel restriktiver Gesetze gegen Menschenrechtsverteidiger und zivilgesellschaftliche Akteure genannt. https://www.v-dem.net/documents/75/V-Dem_Institute_Democracy_Report_2026_lowres.pdf

³⁶ OSCE/ODIHR: *United States of America – General Elections, 5 November 2024, Limited Election Observation Mission, Final Report*, 11. April 2025. Der Bericht beschreibt den Wahlkampf als kompetitiv und hoch polarisiert, bei grundsätzlich gewährten politischen und zivilen Rechten. <https://odihr.osce.org/sites/default/files/f/documents/d/e/588772.pdf>

Funktion, weil Demokratie auch die Rechte der Minderheit und die Möglichkeit zukünftiger Mehrheitswechsel schützen muss.

Systemisch ist der Rechtsstaat daher keine externe Begrenzung der Demokratie, sondern ein **Speicher demokratischer Zukunftsoffenheit**. Er verhindert, dass eine vorübergehende Mehrheit die Regeln so verändert, dass sie dauerhaft Mehrheit bleiben kann.

Mehrheitsmacht heute $\leq$ Regeln, die Opposition morgen schützen.

In Russland sind diese Gegengewichte über viele Jahre geschwächt und personalisiert worden. In den USA sind sie weiterhin wirksam, stehen aber unter erheblichem politischen Druck. Freedom House verweist 2026 darauf, dass US-Gerichte regelmäßig Exekutiv- und Legislativmaßnahmen begrenzen, dokumentiert zugleich aber Fälle, in denen die Exekutive gerichtlicher Kontrolle widerstand und die Autorität von Richtern öffentlich angegriffen wurde.³⁷

17. Föderalismus: Machtstreuung oder bloße Verwaltungsstruktur?

Sowohl Russland als auch die USA sind formal Föderationen. Systemisch erfüllt Föderalismus jedoch nur dann eine demokratische Funktion, wenn regionale Ebenen reale politische Eigenständigkeit besitzen und als Gegengewicht wirken können.

In den Vereinigten Staaten verfügen Einzelstaaten über weitreichende Gesetzgebungs-, Wahl- und Verwaltungskompetenzen. Das erzeugt enorme Unterschiede – bis hin zu problematischen Unterschieden beim Wahlrecht –, schafft aber zugleich institutionelle Redundanz. Eine Bundesregierung kann nicht ohne Weiteres sämtliche politischen Räume gleichzeitig kontrollieren.

Russland ist verfassungsrechtlich ebenfalls föderal organisiert, wurde unter Putin jedoch stark vertikalisiert. Regionale Machtzentren sind wesentlich stärker in eine präsidial kontrollierte „Machtvertikale“ eingebunden. Dadurch sinkt die Fähigkeit des Föderalismus, als autonomes demokratisches Rückkopplungssystem zu wirken.

Systemische Resilienz hängt gerade von solcher Redundanz ab. Wenn eine Institution ausfällt, müssen andere Korrekturwege bestehen. Demokratie ist daher stärker, wenn Kontrolle **nicht an einem einzigen Punkt** hängt.

18. Demokratie, Leistungsfähigkeit und Ordnung

Ein häufiger Einwand gegen liberale Demokratie lautet, sie sei langsam, konflikthaft und ineffizient. Autoritäre Systeme können Entscheidungen schneller bündeln. Auch Russland legitimiert politische Zentralisierung wesentlich mit Ordnung, Stabilität und staatlicher Handlungsfähigkeit.

Der Vergleich muss deshalb zwischen **kurzfristiger Entscheidungsgeschwindigkeit** und **langfristiger Lernfähigkeit** unterscheiden. Ein System, das Widerspruch unterdrückt, kann schnell entscheiden, verliert aber möglicherweise Informationen über eigene Fehler. Ein pluralistisches System produziert Reibung, kann dadurch jedoch Fehlentscheidungen früher erkennen und korrigieren.

Man kann diese Spannung formal als zwei unterschiedliche Leistungsdimensionen ausdrücken:

$$Q_{politisch} = (\text{Schnelligkeit}, \text{Korrekturfähigkeit}, \text{Legitimität}, \text{Lernfähigkeit}).$$

Eine Demokratie ist nicht zwangsläufig in jeder Dimension überlegen. Ihre spezifische Stärke liegt in institutionalisierter **Fehlerkorrektur ohne Systembruch**. Eine Regierung kann abgewählt, ein Gesetz aufgehoben, ein Gerichtsurteil revidiert, eine öffentliche Meinung verändert werden, ohne dass dafür das gesamte politische System gestürzt werden muss.

³⁷ Freedom House: *United States – Freedom in the World 2026*. USA: 81/100, „Free“; zugleich deutliche Verschlechterung 2025. <https://freedomhouse.org/country/united-states/freedom-world/2026>

19. Außenpolitik und Demokratie: kein Wahrheitsbeweis nach außen

Sowohl Russland als auch die USA verbinden Demokratie mit internationaler Ordnung, allerdings in entgegengesetzten Deutungsrahmen. Russland kritisiert westliche Demokratieexporte als Intervention und Machtpolitik; die USA haben Demokratie wiederholt als Teil ihrer internationalen Selbstlegitimation verwendet.

Beide Seiten können dabei einem Genese-Geltungs-Fehlschluss unterliegen. Dass die USA Demokratie rhetorisch zur Legitimation geopolitischer Interessen verwendet haben, beweist nicht, dass demokratische Normen falsch sind. Ebenso beweist westliche Doppelmoral nicht, dass ein autoritäres russisches System dadurch demokratisch wird.

Es gilt:

$$\text{Funktion}(P) \neq \text{Wahrheit}(P),$$

und

$$\text{Genese}(P) \neq \text{Geltung}(P).$$

Ein demokratischer Maßstab muss daher **symmetrisch** angewendet werden. Völkerrechtswidrige, manipulative oder hegemoniale Politik einer Demokratie ist zu kritisieren, ohne daraus den inneren Regimetyp automatisch abzuleiten. Umgekehrt kann geopolitische Benachteiligung eines Staates keine innerstaatliche Repression legitimieren.

20. Harold James und der mögliche Niedergang amerikanischer Hegemonie

Der von Christian Ultsch interviewte Historiker Harold James diagnostiziert im August 2026 einen Epochenwechsel. Die USA hätten im 20. Jahrhundert wesentliche Teile der internationalen Regeln und Sicherheitsarchitektur geprägt; ihr relativer Machtverlust sei zwar teilweise unvermeidlich, die gegenwärtige Erosion der US-Position verlaufe jedoch besonders schnell. James nennt Zweifel an der Verlässlichkeit amerikanischer Bündnisse sowie Sorgen um Wirtschaft und Demokratie.³⁸

Systemisch ist daran wichtig: **Hegemonieverlust und Demokratieverlust sind verschiedene Variablen.** Eine Demokratie kann geopolitisch an Macht verlieren und innerlich stabil bleiben. Eine Weltmacht kann außenpolitisch dominieren und innerlich undemokratisch sein. Dennoch können beide Prozesse gekoppelt sein. Wirtschaftliche Verunsicherung, Statusverlust und geopolitische Konkurrenz können innenpolitische Polarisierung verstärken; innenpolitische Institutionserosion kann wiederum außenpolitische Verlässlichkeit und Bündnisvertrauen schwächen.

Der Zusammenhang ist daher rekursiv:

$$\text{innenpolitische Erosion} \leftrightarrow \text{Vertrauensverlust außen} \leftrightarrow \text{Status- und Konfliktdruck innen}.$$

Die systemische Perspektive vermeidet damit eine monokausale Aussage wie „Trump zerstört die Weltmacht“ oder „Hegemonieverlust zerstört die Demokratie“. Sie fragt nach gegenseitigen Verstärkungen, Gegenkräften und Pfadabhängigkeiten.

21. Was Demokratieindizes leisten – und was nicht

Der Vergleich von V-Dem und Freedom House zeigt, dass Demokratieindizes keine mathematische Offenbarung darstellen. Sie beruhen auf normativen Konzeptentscheidungen, Indikatorauswahl, Expertenurteilen, Datenaggregation und Schwellenwerten. Die Ergebnisse müssen deshalb methodisch gelesen werden.

³⁸ Christian Ultsch: „Die USA schießen sich gerade in den Kopf“, Interview mit Harold James, *Die Presse*, 22. August 2026. Der bereitgestellte Artikel wird als zeitgenössische historische Deutung verwendet, nicht als quantitativer Demokratieindikator.

Aber daraus folgt nicht, dass Indizes wertlos wären. Gerade weil V-Dem seine Dimensionen offenlegt und Unsicherheitsintervalle ausweist, können Veränderungen systematisch verglichen werden. Freedom House verwendet wiederum transparente Kriterien politischer Rechte und bürgerlicher Freiheiten. International IDEA strukturiert Demokratie über Repräsentation, Rechte, Rechtsstaat und Partizipation.

Die angemessene epistemische Haltung lautet:

Index $\neq$ Wirklichkeit,

aber ebenso

Index $\neq$ bloße Meinung.

Ein Index ist ein **operationalisiertes Modell**. Seine Güte hängt von Konzeptklarheit, Datenqualität, Transparenz und Robustheit ab. Für politische Urteile sollte man deshalb mehrere unabhängige Modelle vergleichen, statt eine einzige Rangzahl zu absolutieren.

Gerade im Fall USA ist das aufschlussreich: V-Dem spricht für 2025 von einer elektoralen Demokratie; Freedom House weiterhin von einem freien Land. Die Differenz zeigt, dass „liberale Demokratie“, „elektorale Demokratie“ und „Freiheit“ nicht dasselbe messen. Der gemeinsame Trend – deutliche Verschlechterung – ist jedoch über mehrere Beobachtungssysteme hinweg sichtbar.

22. Symmetrie des Maßstabs, nicht Symmetrie des Ergebnisses

Politische Vergleiche scheitern häufig an zwei Gegenfehlern. Der erste besteht darin, westliche Demokratien aufgrund ihrer Selbstbeschreibung milder zu beurteilen. Der zweite besteht darin, aus berechtigter Kritik an westlicher Politik eine Gleichwertigkeit aller Regimetyten abzuleiten.

Wissenschaftlich erforderlich ist:

symmetrischer Prüfmaßstab $\neq$ symmetrisches Ergebnis

Für Russland und die USA müssen dieselben Fragen gelten: Sind Wahlen frei und kompetitiv? Kann die Opposition gewinnen? Sind Gerichte unabhängig? Können Medien Macht kritisieren? Können Bürger sich organisieren? Sind Minderheiten geschützt? Ist die Exekutive rechtlich gebunden? Ist ein Machtwechsel praktisch möglich?

Wer dieselben Kriterien anlegt, kommt nach dem derzeitigen Evidenzstand nicht zu einer Gleichsetzung. Russland erfüllt mehrere demokratische Kernbedingungen nicht mehr in hinreichendem Maß. Die USA erfüllen sie weiterhin in wesentlich größerem Umfang, zeigen jedoch eine deutlich negative Dynamik.

Das ist systemisch entscheidend: **Zustand und Richtung sind verschiedene Größen.**

$$\text{Demokratienniveau}_t \neq \frac{d \text{ Demokratienniveau}}{dt}.$$

Ein Land kann auf relativ hohem Niveau schnell schlechter werden; ein anderes auf niedrigem Niveau stabil autoritär bleiben. Im August 2026 ist genau diese Unterscheidung für die USA und Russland unverzichtbar.

23. Demokratie als Fähigkeit zur friedlichen Selbstkorrektur

Aus der gesamten Analyse lässt sich ein prägnanter Demokratiebegriff gewinnen. Demokratie ist mehr als Mehrheitsentscheidung und mehr als liberale Rechte allein. Sie ist eine Ordnung, in der politische Macht **vorläufig** bleibt.

Demokratische Macht ist

1. **begründungsbedürftig**, weil sie öffentlich erklären muss, was sie tut;
2. **rechtlich begrenzt**, weil auch Mehrheiten nicht außerhalb des Rechts stehen;

3. **epistemisch korrigierbar**, weil freie Information Gegenwissen erzeugt;
4. **institutionell kontrollierbar**, weil Gerichte, Parlamente und andere Organe eingreifen können;
5. **politisch ablösbar**, weil organisierte Opposition reale Machtchancen besitzt.

Der vielleicht einfachste systemische Kernsatz lautet:

Demokratie ist die institutionalisierte Korrigierbarkeit politischer Macht.

Diese Definition vermeidet sowohl eine reine Wahlfixierung als auch eine unbegrenzte moralische Aufladung. Demokratie muss nicht alle sozialen Probleme lösen. Sie muss aber ermöglichen, dass über Lösungen offen gestritten, Macht begrenzt und Fehlentscheidungen friedlich korrigiert werden können.

24. Anwendung des Weisheitskompasses: Demokratie, Religion und Macht

Der Weisheitskompass verlangt zunächst die Trennung von **Wissen und Deutung**. Politische Selbstbeschreibungen – „unsere Demokratie ist die beste“, „wir verteidigen die Demokratie“, „das Volk hat entschieden“ – sind keine empirischen Regimeklassifikationen. Sie sind politische Geltungsansprüche, die an überprüfbaren institutionellen Bedingungen gemessen werden müssen.

Der Prozess lautet:

Wahrnehmen → Verstehen → Prüfen → Deuten → Urteilen → Handeln → Revision.

Wahrnehmen bedeutet, russische wie amerikanische Selbst- und Fremdbeschreibungen zunächst als Daten aufzunehmen. **Verstehen** rekonstruiert historische Erfahrungen: russische Staatskrise und Souveränitätsorientierung ebenso wie amerikanischen Verfassungsliberalismus, Föderalismus und Polarisierung. **Prüfen** vergleicht die Aussagen mit Wahlbeobachtung, Rechtsstaatsdaten, Medienfreiheit und tatsächlicher Machtkonkurrenz. **Deuten** fragt nach Systemlogiken und Rückkopplungen. **Urteilen** muss proportional zur Evidenz bleiben. **Revision** hält offen, dass sich Systeme verändern können.

Topitschs kritische Unterscheidungen sind dabei besonders hilfreich:

$$\begin{aligned} \text{Genese}(P) &\neq \text{Geltung}(P), \\ \text{Funktion}(P) &\neq \text{Wahrheit}(P), \\ \text{Akzeptanz}(P) &\neq \text{Wahrheit}(P). \end{aligned}$$

Eine Demokratiebehauptung wird nicht wahr, weil sie von Washington, Moskau oder einer internationalen Organisation stammt. Umgekehrt wird sie nicht falsch, weil sie dem politischen Gegner nützt. Entscheidend bleiben die institutionellen Tatsachen und die Tragfähigkeit der Argumentation.

24.1 Religion zwischen Sinnhorizont und Macht

Der Weisheitskompass verlangt zunächst die Trennung von Glaubensgeltung und politisch-empirischer Geltung:

$$G \leftrightarrow W, \quad G \neq W.$$

Eine religiöse Überzeugung kann politische Verantwortung motivieren. Sie ersetzt aber nicht die empirische Prüfung politischer Folgen und nicht die rechtsstaatliche Begründung von Macht. Ebenso gilt:

$$L \leftrightarrow T, \quad L \neq T.$$

Die konkrete politische Lebenswirklichkeit und der religiöse Sinn- beziehungsweise Transzendenzhorizont stehen in Beziehung, dürfen aber nicht ineinander aufgelöst werden. Wird eine politische Ordnung unmittelbar mit göttlicher Ordnung identifiziert, verliert der Glaubenshorizont seine kritische Distanz.

Der Topitsch-Filter verschärft diese Prüfung:

$$\text{Funktion}(p) \neq \text{Wahrheit}(p), \quad \text{Akzeptanz}(p) \neq \text{Wahrheit}(p).$$

Dass Religion ein politisches System stabilisiert, sagt nichts darüber aus, ob dessen politische Behauptungen wahr oder dessen Handlungen gerecht sind. Ebenso beweist die große Zustimmung eines religiösen Milieus zu einer Partei nicht deren moralische Richtigkeit. Funktionale Stabilisierung und normative Wahrheit sind auseinanderzuhalten.

Damit ergibt sich eine symmetrische Kritik. Die Russische Orthodoxe Kirche muss dort kritisch geprüft werden, wo religiöse Sprache staatliche Macht, Krieg oder nationale Mission sakralisiert. Amerikanische christliche Milieus müssen dort nach demselben Maßstab geprüft werden, wo Partei, Nation oder politischer Führer mit religiöser Wahrheit identifiziert werden. Umgekehrt müssen auch die **kritischen Ressourcen** der Religion ernst genommen werden: Gewissen, Menschenwürde, Friedensethik, Solidarität und die Möglichkeit, dem Staat ein begründetes „Nein“ entgegenzusetzen.

25. Schluss: Demokratie, Religion und politische Macht

Die Ausgangsbeobachtung „Offensichtlich versteht jeder unter Demokratie etwas anderes“ erweist sich als richtig, sofern sie auf unterschiedliche Demokratietheorien, politische Selbstdeutungen und historische Erfahrungen verweist. Sie wäre falsch, wenn daraus folgte, Demokratie besitze keinen überprüfbaren Kern. **Begriffspluralität ist nicht Begriffsbeliebigkeit.**

Russland betont in seiner politischen Selbstbeschreibung Souveränität, Ordnung, nationale Eigenständigkeit und Mehrheitslegitimation. Die Vereinigten Staaten verbinden Demokratie historisch stärker mit Verfassungsbegrenzung, Konkurrenz, Individualrechten und föderaler Machtstreuung. Beide Systeme können sich auf „Volk“, „Freiheit“ und „Demokratie“ berufen. Wissenschaftlich entscheidet jedoch nicht die Selbstbezeichnung, sondern die institutionelle Wirklichkeit: Können Opposition, Gerichte, Medien, Zivilgesellschaft und Wahlen politische Macht tatsächlich korrigieren und ablösen?

Für Russland fällt diese Prüfung deutlich aus. Demokratische Formen sind teilweise erhalten, ihre korrigierende Funktion ist jedoch weitgehend ausgehöhlt. Die politische Ordnung ist nach den maßgeblichen aktuellen Vergleichsdaten autoritär. Die enge Kopplung des politischen Zentrums mit der Führung der Moskauer Orthodoxie verstärkt diese Struktur zusätzlich, wenn nationale Mission, staatliche Souveränität und religiöse Identität zu einer sakralisierten politischen Semantik verdichtet werden. Gerade die Existenz orthodoxer Gegenstimmen zeigt zugleich, dass Religion nicht mit dieser politischen Funktion identisch ist.

Für die USA lautet die Diagnose anders. Kompetitive Wahlen, Opposition, Gerichte, Föderalismus, Medien und Zivilgesellschaft bestehen fort und wirken real. Zugleich stehen diese Gegenkopplungen unter erheblich wachsendem Druck. Das religiöse Feld ist ebenfalls pluralistisch: Teile des weißen Evangelikalismus koppeln religiöse Identität eng an Partei, Nation und Führung; katholische und andere christliche Traditionen können dagegen Systemloyalität mit scharfer Regierungskritik verbinden. **Religion ist hier zugleich Machtressource und Gegenmachtressource.**

Damit wird das zunächst paradoxe Verhältnis von Religion und Demokratie systemisch verständlich. Religion kann Ordnung stabilisieren, Vertrauen erzeugen und demokratische Beteiligung motivieren. Dieselbe Religion kann aber auch eine Nation, Partei oder Führung so stark sakralisieren, dass Widerspruch moralisch delegitimiert wird. Ihre demokratische Qualität hängt deshalb nicht daran, ob sie Politik beeinflusst, sondern **wie** sie an Politik gekoppelt ist.

Der gemeinsame Maßstab lautet:

Demokratie ist die institutionalisierte Korrigierbarkeit politischer Macht.

und ergänzend:

Religiöse Legitimation ist demokratiefördernd, wenn sie politische Macht bindet, ohne sie zu sakralisieren.

Russland und die USA dürfen deshalb weder politisch noch religiös gleichgesetzt werden. Vergleichbar sind Mechanismen wie Personalisierung, Polarisierung, Freund-Feind-Kommunikation, Sakralisierung und

exekutive Machtsteigerung; verschieden sind Ausmaß, institutionelle Einbettung und reale Gegenmacht. Der wissenschaftlich angemessene Vergleich verlangt **Symmetrie des Maßstabs, nicht Symmetrie des Ergebnisses**.

Der Weisheitskompass fügt schließlich eine erkenntnistheoretische Grenze hinzu: Weder politische noch religiöse Selbstdeutung ist schon empirische Wahrheit. Wissen und Glauben, Lebenswirklichkeit und Sinnhorizont müssen aufeinander bezogen, aber unterschieden bleiben. Gerade dort, wo Politik religiöse Letztgeltung beansprucht oder Religion politische Macht mit göttlichem Willen identifiziert, wird diese Unterscheidung demokratisch entscheidend. Verantwortliche Orientierung verlangt daher: wahrnehmen, verstehen, prüfen, deuten, urteilen, handeln und revidieren können – auch gegenüber dem eigenen politischen und religiösen Lager.

Literatur und Quellen

Die verwendeten Quellen und die wissenschaftliche Literatur sind im Text als Fußnoten vollständig nachgewiesen. Die dort angeführten direkten Weblinks dienen der unmittelbaren Nachprüfbarkeit der jeweiligen Dokumente und Publikationen.